

## Klimaschutz: Bundesrat plant mit enormen Klimaschulden

Zürich, 9. Oktober 2024. Jüngste [Berechnungen von Greenpeace Schweiz](#) zum noch verbleibenden CO<sub>2</sub>-Budget bestätigen erneut, dass die Klimastrategie der Schweiz nicht kompatibel ist mit dem 1.5°C-Limit. Der bürgerlich dominierte Bundesrat macht seine Klimapolitik auf Kosten der heutigen und kommenden Generationen. Und er nimmt wissentlich negative Auswirkungen auf Leben, Gesundheit, Eigentum und Wohlergehen der Bevölkerung in Kauf – verursacht durch Klimafolgen, die sich durch seine widerrechtliche Untätigkeit verschlimmern. Es ist daher gefährlich, dass die Landesregierung in ihrem Aktionsbericht an das Ministerkomitee des Europarats darlegt, dass sie keinen Anlass sieht, die Schweizer Klimapolitik aufgrund des KlimaSeniorinnen-Urteils anzupassen.

Das KlimaSeniorinnen-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte EGMR machte klar: Die Schweiz verletzt mit der heutigen Klimaschutz-Gesetzgebung die Menschenrechte, weil ihre Klimapolitik nicht kompatibel ist mit dem Ziel, die Erderwärmung auf 1.5°C zu begrenzen. Die Schweiz hat vergangene Woche dem Ministerkomitee des Europarats [ihren Aktionsbericht vorgelegt](#) und darin unter dem Stichwort "CO<sub>2</sub>-Budget" auch die geplanten Emissionen erwähnt.

Die Einhaltung des noch verbleibenden globalen CO<sub>2</sub>-Budgets ist massgebend, damit die 1.5°C-Grenze nicht überschritten wird. Die jüngsten Berechnungen von Greenpeace Schweiz basierend auf neuesten Zahlen von ETH-Wissenschaftlern zeigen, dass die Schweiz mit ihrer derzeitigen Klimapolitik ihren Anteil am globalen CO<sub>2</sub>-Budget bereits aufgebraucht hat und CO<sub>2</sub>-Schulden macht oder aber ihr restliches Budget jedenfalls sehr rasch aufbrauchen wird. Es ist daher unverständlich, wie der Bundesrat in seinem Aktionsbericht behaupten kann, die Schweiz würde die klimapolitischen Anforderungen des EGMR-Urteils bereits erfüllen. Das von der Schweiz präsentierte CO<sub>2</sub>-Budget sagt einzig, wie viele Emissionen die Schweiz sich mit ihrem aktuellen Kurs selbst zugesteht, und nicht, ob diese mit dem 1.5°C Limit kompatibel sind.

Die Schweiz rechtfertigt gegenüber dem Ministerkomitee ihre Bevorteilung auf Kosten von ärmeren Ländern mit dem Hinweis, es gebe keine allgemein anerkannte Methode zur Aufteilung des noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budgets. «Das ist eine billige Ausrede. Eine solche Bevorteilung ist unfair und widerspricht den bisher ausgehandelten Klimaabkommen», sagt Georg Klingler, Klimaexperte bei Greenpeace Schweiz. «Die Schweiz verhält sich wie jemand, der schon satt ist, der aber dafür plädiert, das letzte Brot ihm zu geben, statt jenen, die Hunger haben.»

Die [neuen Berechnungen eines 1.5°C-kompatiblen CO<sub>2</sub>-Budgets für die Schweiz](#) von Greenpeace Schweiz zeigen:

- Selbst bei einer bloss 50%igen-Wahrscheinlichkeit, die 1.5°C-Grenze einzuhalten, und unter der Annahme, dass alle Länder – unabhängig von ihrem

Entwicklungsstand und ihrer Wirtschaftskraft – entsprechend ihrer Bevölkerungsgrösse (also mit gleichen Pro-Kopf-Rechten) ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen, bleibt der Schweiz ab dem 1. Januar 2023 nur noch ein kleines CO<sub>2</sub>-Budget übrig. Dieses konservativ gerechnete Restbudget von max. 280 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> wird durch das bis 2030 geltende CO<sub>2</sub>-Gesetz sowie das Klimaschutzgesetz bis 2032 vollständig aufgebraucht sein. Der Bundesrat plant nun mindestens doppelt so viele Emissionen. Die Folgekosten einer solchen Überschreitung des CO<sub>2</sub>-Budgets betragen rasch mehrere Dutzend Milliarden Schweizer Franken.

- Wird das CO<sub>2</sub>-Budget nach dem gleichen Ansatz so aufgeteilt, dass eine 67-prozentige Wahrscheinlichkeit besteht, die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten, hat die Schweiz seit 2023 kein CO<sub>2</sub>-Budget mehr zur Verfügung.
- Wird bei der Aufteilung des global noch verfügbaren CO<sub>2</sub>-Budgets zusätzlich die Wirtschaftskraft der Schweiz berücksichtigt, so wächst deren CO<sub>2</sub>-Schuld nochmals stark an, da schon 2017 oder gar 1993 das 1.5°C-Budget aufgebraucht war.

«Das Ministerkomitee des Europarates wird sehen, dass die Schweiz ohne Änderung der aktuellen Klimaschutzstrategie das Urteil nicht umsetzen kann», sagt Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin der KlimaSeniorinnen. «Dass die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat trotz der tragischen Klimafolgen die Klimakrise so verharmlost, macht mir Angst. Statt den Kopf in den Sand zu stecken, sollten wir das Urteil zum Anlass nehmen, um vorwärtszumachen, innovativ zu sein und eine Klimapolitik zu entwickeln, die in die ganze Welt ausstrahlt.»

Greenpeace und der Verein KlimaSeniorinnen Schweiz werden den Aktionsbericht der Schweiz im Einzelnen prüfen und gegenüber dem Ministerkomitee dazu Stellung nehmen.

### **Weitere Informationen zu den CO<sub>2</sub>-Budget-Berechnungen für die Schweiz**

[«Das CO<sub>2</sub>-Budget muss eingehalten werden»](#), Oktober 2024, Greenpeace Schweiz

### **Weitere Informationen zum Klima-Urteil**

Dokumente des Vereins KlimaSeniorinnen Schweiz

- Zusammenfassung des Entscheids sowie relevante Urteilsauszüge von Cordelia Bähr auf [Deutsch](#) und [Französisch](#), [Italienisch](#) und [Englisch](#)
- Fragen und Antworten zum KlimaSeniorinnen-Urteil auf [Deutsch](#) und [Französisch](#)

Dokumente des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)

- EGMR-Urteil auf [Französisch](#) und auf [Englisch](#)
- Medienmitteilung des EGMR auf [Französisch](#) und auf [Englisch](#)
- Fragen und Antworten zu den drei Klima-Urteilen des EGMR ([englisch](#), [französisch](#))

### **Kontakte**

Deutsch

- Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin des Vereins KlimaSeniorinnen, 079 567 67 73, [rosmariewydler@sunrise.ch](mailto:rosmariewydler@sunrise.ch)
- Cordelia Bähr, Rechtsanwältin der KlimaSeniorinnen, 078 801 70 34, [baehr@ettwein.ch](mailto:baehr@ettwein.ch)
- Martin Looser, Rechtsanwalt der KlimaSeniorinnen, 079 481 76 88, [looser@ettlersuter.ch](mailto:looser@ettlersuter.ch)
- Georg Klingler, Klimaexperte Greenpeace Schweiz, 079 785 07 38, [georg.klingler@greenpeace.org](mailto:georg.klingler@greenpeace.org)

#### Französisch

- Anne Mahrer, Co-Présidente des Aînées pour le climat Suisse, 079 249 72 17, [anne.mahrer@bluewin.ch](mailto:anne.mahrer@bluewin.ch)
- Raphaël Mahaim, Avocat au Barreau, 079 769 70 33, [rmahaim@r-associés.ch](mailto:rmahaim@r-associés.ch)

#### Italienisch

- Norma Bargetzi, Anziane per la protezione del clima, 079 352 98 89, [normaba@bluewin.ch](mailto:normaba@bluewin.ch)